
Presseerklärung

Gelder aus dem Zivildienst künftig in die Bürgergesellschaft investieren ! Mit dem Ausbau der Freiwilligendienste und der Infrastruktur der Engagementförderung kann die Bundespolitik die Bürgergesellschaft stärken

Der Ausstieg aus Wehrpflicht und Zivildienst bedeutet eine große Chance für die Bürgergesellschaft in Deutschland. Aktuelle Gerichtsentscheidungen können diese Entwicklung möglicherweise noch beschleunigen. Diese Chance gilt es politisch zu nutzen. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung die bei einem Wegfall des Zivildienstes frei werdenden Finanzmittel zu wesentlichen Teilen für den Ausbau von Freiwilligendiensten und der Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements verwendet. Der Diskussion über die Einführung eines sozialen Pflichtjahres erteilt das BBE hingegen eine klare Abfuhr. Die Bürgergesellschaft lebt von einer Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit.

In dem 2002 gegründeten BBE kooperieren über 140 Mitgliedsorganisationen aus Bürgergesellschaft, Staat und Kommunen, Wirtschaft und Arbeitsleben, die viele Millionen Mitglieder repräsentieren, mit dem gemeinsamen Ziel, das bürgerschaftliche Engagement und die Bürgergesellschaft zu stärken. Das BBE ist mittlerweile das wohl größte Netzwerk in Deutschland. In einem mit großer Mehrheit verabschiedeten Diskussionspapier reagiert der Koordinierungsausschuss des BBE auf die im Januar vorgestellten Empfehlungen der vom BMFSFJ eingesetzten Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“. Das BBE empfiehlt einen Ausbau bestehender und die konsequente Erprobung neuer Formen von Freiwilligendiensten in Modellprojekten. Entwickelt werden sollten generationsübergreifende Freiwilligendienste, neue Trägerverbände, eine Ausweitung der Zielgruppen und neue Themenfelder für Freiwilligendienste. Absehbar wird europäischen und internationalen Freiwilligendiensten eine größere Rolle zukommen.

Der Ausbau von Freiwilligendiensten und eine nachhaltige Förderung der Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements müssen in enger Abstimmung erfolgen. Ohne entsprechende haushaltspolitische Maßnahmen ist dies – und damit auch die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission – nicht möglich. Um dies abzusichern, wäre es sinnvoll, schon kurzfristig für 2005 einen eigenen Haushaltstitel für Freiwilligendienste und bürgerschaftliches Engagement im BMFSFJ einzurichten. Die neuen Perspektiven für Freiwilligendienste sollten durch eine konsequente und energische Umsetzung von Modellprojekten in Angriff genommen werden. So müssen insbesondere Modellprojekte in neuer Form und mit neuen Aufgabenfeldern durchgeführt, ein Kriterienkatalog für die „Zertifizierung“ neuer Trägerformen erarbeitet und Qualitätsstandards bzw. Verfahren der Qualitätssicherung im Hinblick auf neue generationsübergreifende Freiwilligendienste entwickelt und erprobt werden.

Prof. Dr. Thomas Olk
Vorsitzender des Sprecherrats des BBE

Das Diskussionspapier des Koordinierungsausschusses ist auch im Internet zu finden unter: www.b-b-e.de oder kann per Fax (030/398 38 617) oder E-mail (ansgar.klein@b-b-e.de) bei der Geschäftsstelle des BBE angefordert werden.